

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

132. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 21. Oktober 2004

...

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Leibrecht, in der Tat besteht keine Veranlassung zur Schönfärberei. Diese allerdings betreibt der Bericht nach meiner Auffassung keineswegs. Zuvörderst möchte auch ich unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir heute gemeinsam mit einem Teil der Opposition, der FDP-Fraktion, diesen wichtigen und guten Antrag zur Nichtproliferation verabschieden können.

Das Jahr 2003 brachte enorme Rückschläge für die weltweite Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der Bericht schildert, wie erfolgreich Inspektoren der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergiebehörde im **Irak** waren und dass nur noch wenige Monate nötig gewesen wären, um zu sicheren Ergebnissen zu kommen. Die US-Regierung erzwang einseitig den Abbruch der Inspektionen und griff den Irak an. Dies war nicht nur ein Schlag ins Gesicht der multilateralen Nichtverbreitung und der Staatengemeinschaft, sondern gab zugleich Gewalt- und Terrorpotenzialen enormen Auftrieb.

Mehrfach angesprochen wurde schon die Stagnation bei der **Genfer Abrüstungskonferenz**. Nicht voran kommt man vor allem beim angestrebten Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke, aber auch beim Verbot der Waffenstationierung

im Weltraum. Bei beiden wichtigen Projekten ist die Beteiligung entscheidender Player ein regelrechtes Trauerspiel. Gleichwohl sind hier neue Anstrengungen notwendig.

Aber das Jahr 2003 brachte auch einzelne Fortschritte und Lichtblicke. Nach längeren Verhandlungen erklärte **Libyen** am 19. Dezember letzten Jahres einen umfassenden Verzicht auf Massenvernichtungswaffen sowie seine Bereitschaft, diesen Verzicht auch umfassend verifizieren, also kontrollieren zu lassen. Inzwischen ist Libyen allen relevanten Verträgen und Konventionen im Bereich der Nichtverbreitung und Abrüstung beigetreten. Dies halte ich für einen sehr wichtigen Fortschritt.

Deutliche Fortschritte gab es auch bei der so genannten Abrüstungszusammenarbeit mit der **Russischen Föderation**. Hier geht es um die Bewältigung von Altlasten des Kalten Krieges, also von chemischen Kampfstoffen und den vielen immer mehr verrottenden russischen Atom-U-Booten. Mit deutscher Hilfe wurde im November 2003 die Vernichtung des gesamten russischen Vorrats an Lost, einem Hautkampfstoff, abgeschlossen. In diesem Bereich ist die Bundesrepublik nach den USA der zweitgrößte Geber.

Einen dritten Fortschritt stellt die europäische Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen dar. Sie ist ein Beispiel für effektiven Multilateralismus und einen breiten sicherheitspolitischen Ansatz im Dienste des Systems der Vereinten Nationen.

Der Bericht beschreibt ausführlich **Auslandseinsätze der Bundeswehr**. Man fragt sich, was sie mit Rüstungskontrolle und Abrüstung zu tun haben. Sämtliche jetzigen Bundeswehreinsätze finden in Nachkriegsgesellschaften statt, die ein hohes Konflikt-, Gewalt- und Waffenpotenzial aufweisen. Hier sind die UN-mandatierten Einsätze tatsächlich quasi erste Stufen von Rüstungskontrolle und Abrüstung, die dann, wie zum Beispiel auf dem Balkan zu sehen, durch vertragsgestützte Rüstungskontrolle und Abrüstung ergänzt werden.

In den so genannten Einsatzgebieten stehen **Kleinwaffen und leichte Waffen** im Mittelpunkt. Zu Recht konstatiert der Bericht, dass Kleinwaffen und leichten Waffen in jedem Jahr viel mehr Menschen zum Opfer fallen als allen anderen Waffenkategorien. Man muss davon sprechen, dass Kleinwaffen und leichte Waffen die realen alltäglichen Massenvernichtungswaffen sind.

Es gibt sehr gute Ansätze und Bemühungen, dieser tödlichen Flut Herr zu werden.

Hervorragend sind dabei in der Bundesrepublik die Beiträge zum Beispiel vom Internationalen Konversionszentrum Bonn und anderen Nichtregierungsorganisationen, von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mit ihrem Sektorvorhaben Kleinwaffenkontrolle und schließlich nicht zuletzt von der Bundeswehr mit dem Zentrum für Verifikationsaufgaben. Wer weiß schon, dass im letzten Jahr vonseiten der Bundeswehr 190 000 überschüssige Kleinwaffen nicht an andere weiterverschertelt, sondern vernichtet wurden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP] – Zuruf von der SPD: Im Gegensatz zur alten Bundesregierung!)

Das darf allerdings nicht – das muss ich anmerken – durch zweifelhafte Rüstungsexporte, zum Beispiel nach Saudi-Arabien, konterkariert werden.

Insgesamt hat die Kleinwaffenkontrolle in der internationalen Politik verglichen mit der Nichtverbreitung ein zu geringes Gewicht. Dem müssen wir eindeutig entgegenwirken. Deshalb ist es angebracht, dass die Kleinwaffenproblematik im nächsten Bericht mehr vorn, an prominenter Stelle behandelt wird.

Herzlich zu danken habe ich im Namen meiner Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und anderer befreundeter Ressorts, die zu dieser Leistung beigetragen haben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

...